

N i e d e r s c h r i f t

über die am Donnerstag, den 14.12.2017 stattfindende 12. ordentliche Sitzung des Gemeinderates in der Gemeinderatsperiode 2016 - 2022.

Anwesende: Bgm. Dietmar Wallner
VzBgm. DI Bernhard Stöhr
GRⁱⁿ Ingeborg Meixner-Hammer
GR Wolfgang Wittner
GRⁱⁿ Daniela Heiss
GRⁱⁿ Mag^a Barbara Wildauer
GR Mag. Reinhard Macht
GR Markus Auer
GRⁱⁿ Sonja Rainer
GRⁱⁿ Aracely Sayas de Scheitnagl
GR Norbert Rainer
GRⁱⁿ Ines Reiter
GR Josef Mirocha
GR Martin Unterleitner
GR Mag.phil.BEd Martin Wernard
GR Turgay Kilicer

Weitere Anwesende: Manfred Hörl (Leiter der Finanzverwaltung) zu TO-Punkt I/1

Entschuldigt: VzBgm. Michael Trenkwalder
GR Alexander Aschenwald
GR Hanspeter Haspinger

Ersatzmitglied: Christoph Zung
Johannes Egerbacher
Dietmar Lachner

Vorsitz: Bgm. Dietmar Wallner

Beginn: 17.30 Uhr

Protokoll: AL Dr. Wolfgang Astl

Tagesordnung:

- I. Anträge des Bürgermeisters und des Gemeindevorstandes
 1. Haushaltsvoranschlag 2018 und Mittelfristige Finanzplanung 2019 – 2022
 2. Pfarre Jenbach – Subvention für Kirchenrenovierung
 3. Verordnung nach dem Vergnügungssteuergesetz neu
 4. Diverse Ausgaben(überschreitungen) und Auftragsvergaben
- II. Berichte über die Kassaprüfung vom 04.12.2017
- III. Ehrungen
- IV. Berichte des Bürgermeisters

V. Anträge / Anfragen / Allfälliges

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung.

Auf die Frage des Bürgermeisters nach Änderungs- bzw. Ergänzungswünschen zur Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 13.09.2017 antwortet GR Norbert Rainer, dass ihm das Protokoll erst gestern zugestellt wurde und er es deshalb noch nicht prüfen konnte.

Der Bürgermeister nimmt diese Äußerung zur Kenntnis und stellt fest, dass keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche vorgebracht werden und daher diese Niederschrift als genehmigt zu betrachten sei.

Beschluss (18:0) (GR Mag. phil.BEd Wernard noch nicht anwesend):

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat, den Tagesordnungspunkt „III. Ehrungen“ im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

GR Mag. phil.BEd Wernard nimmt an der Sitzung teil.

I. Anträge des Bürgermeisters und des Gemeindevorstandes

1. Haushaltsvoranschlag 2018 und Mittelfristige Finanzplanung 2019 – 2022

Der Bürgermeister erläutert den vorliegenden Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2018. Er zeichnet das Grundgerüst des Budgets 2018 und erläutert insbesondere nachstehende Ansätze:

Gesamtausgaben ordentlicher und außerordentlicher Haushalt:	€	22.054.700,00
Einnahmen bzw. Ausgaben ordentlicher Haushalt:	€	21.608.700,00
Einnahmen bzw. Ausgaben außerordentlicher Haushalt:	€	446.000,00
Summe fortdauernde Ausgaben (einschließlich Schuldendienst):	€	18.599.300,00
Schuldendienst:	€	1.397.500,00
Summe fortdauernde Einnahmen:	€	19.492.200,00
Personalaufwand:	€	6.530.200,00
Investitionsrahmen 2018:	€	1.935.800,00

Bei den einmaligen Vorhaben würden Straßensanierungen, Straßenneubauten (Waldweg) sowie Maßnahmen für die Verkehrssicherheit bzw. –beruhigung in der Schießstandstraße und der Tiwagstraße im Vordergrund stehen. Eine Anregung von GR Norbert Rainer aufgreifend, werden auch die gemeindeeigenen Häuser einer Prüfung nach der ÖNORM B 1300 unterzogen werden.

In der nachfolgenden Debatte werden folgende Stellungnahmen abgegeben:

Stellungnahme GR Norbert Rainer:

GR Norbert Rainer vermisst Maßnahmen für die Schießstandstraße 12. Fehlende Brandschutztüren, mangelhafte Gasrauchabzugsentlüftungen, nicht ausreichende Geländer, ein schadhaftes Dach – für die Behebung all dieser Mängel seien im Budget keine Ansätze enthalten. Die im Budget ausgewiesenen € 5.000,00 für die Dachsanierung des Veranstaltungszentrums würden nicht genügen.

Der Waldweg soll um € 200.000,00 asphaltiert werden. Dabei handle es sich nur um eine grobe Kostenschätzung, die nach Ansicht des Mandatars keinerlei Auskunft über die tatsächlich vorzunehmenden Arbeiten geben würden.

Der Bürgermeister habe es auch verabsäumt, mit den „alten Bausünden“ aufzuräumen bzw. aufzuklären, weshalb hier wiederum „falsche Budgetansätze“ gewählt wurden. GR Norbert Rainer halte es für falsch, diesbezüglich immer wieder neue Ansätze zu bilden.

Die ausgewiesenen Personalkosten erscheinen GR Norbert Rainer als sehr hoch. Er stellt die Frage, ob hier Überlegungen zu Personalkosteneinsparungen bzw. zur effizienten Einsetzung des Personals angestellt werden. Schließlich weiß der Gemeinderat noch, dass die Gasmotorenpreise um 30 bis 40 % eingebrochen seien. Im Hinblick auf die GE Jenbacher stellt er sich die Frage, ob eine derartige Preisentwicklung im Budget entsprechend berücksichtigt wurde.

Stellungnahme GRⁱⁿ Mag^a Wildauer:

GRⁱⁿ Mag^a Wildauer bemerkt positiv, dass mit € 20.000,00 zum ersten Mal für die Vermarktung des Veranstaltungszentrums ein Betrag ausgewiesen wurde. Weiters befürwortet sie die Budgetansätze für die Jungbürgerfeier und für Kulturveranstaltungen. Der Ansatz für Letzteres sei doppelt so hoch wie früher und würden die € 20.000,00 helfen, die für die Belebung der Gemeinde so wichtigen Initiativen im Bereich Kultur zu unterstützen.

Kritisch sehe sie die mangelnde Umsetzung im Bereich der Infrastruktur. Hier sei zwar viel geplant und einige Grundlagen geschaffen, aber sehr wenig umgesetzt worden. Als Negativbeispiel führt sie hier die Bushaltestellen, insbesondere jene beim JES an. Sie hoffe auch, dass mit den ausgewiesenen € 5.000,00 im Jahr 2018 ein Dienstleister die notwendigen Vorgaben erarbeite, damit mit der Umsetzung begonnen werden könne.

GRⁱⁿ Mag^a Wildauer lehnt entschieden ab, im Bereich der Repräsentationsausgaben für den runden Geburtstag des Bürgermeisters zusätzliche € 5.000,00 aufzunehmen. Dieser Geburtstag sei eine reine Privatsache und sollte von der Öffentlichkeit nicht finanziert werden.

Zusammenfassend stellt die Gemeinderätin fest, dass „Jenbach mehr verdient hat“. Das Budget werde im Grunde genommen nur fortgeschrieben. Man könne aus den einzelnen Projekten viel mehr als im Budget abgebildet herausholen. Insbesondere sehe sie im Bereich der Ortskerngestaltung keine Signale, das Thema intensiv anzugehen. Es gehe hier um die Frage, wie der Ortskern attraktiver gestaltet werden könne und brauche es dazu einen umfangreichen Diskussionsprozess. Trotzdem werde sie dem Budget zustimmen. Man bewege sich damit in die richtige Richtung, allerdings könnte man diese Richtung schneller und effizienter einschlagen.

Stellungnahme GR Wittner:

GR Wittner wünscht sich für den Ausschuss für Umwelt und Sicherheit ein „Sonderbudget“ in der Höhe von € 40.000,00, über das der Ausschuss verfügen könne. Er denke vor allem daran, diese Gelder für Energiemaßnahmen im Gemeindehaus bzw. für Planungsleistungen des Recyclinghofes zu verwenden.

Stellungnahme GRⁱⁿ Heiss:

Für GRⁱⁿ Heiss fehlt im Budgetentwurf die Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Ausschüssen. Darauf müsse künftig geachtet werden.

Stellungnahme GRⁱⁿ Reiter:

GRⁱⁿ Reiter wundert sich, dass im Budget auch der Austausch des großen Schildes am Parkplatz des Veranstaltungszentrums enthalten sei. Der Gemeindevorstand hätte dies abgelehnt. Darüber hinaus hält sie es für nicht sinnvoll, die Fassade des Veranstaltungszentrums neu zu streichen, ohne zuvor die Ursache für die Wasserschäden zu beheben.

Stellungnahme GR Mag. Macht:

Für GR Mag. Macht wurde das Budget verantwortungsvoll gestaltet. Einnahmen aufgrund negativer Entwicklungen im Bereich der Privatwirtschaft seien immer schwer abzuschätzen. Es sei auch klar, dass nicht alle Budgetposten umgesetzt werden können. Es liege an den Ausschüssen, diese im Budget enthaltenen Vorgaben zur Umsetzung aufzubereiten. Natürlich könne es auch vorkommen, dass anstelle der ausgewiesenen Vorhaben billigere Lösungen gefunden werden. Hier schließe das eine das andere nicht aus. GR Mag. Macht bedankt sich beim Bürgermeister und bei der Finanzabteilung für die Erstellung des Budgetentwurfes. Er hofft auf eine breite Zustimmung des Gemeinderates.

In seiner abschließenden Stellungnahme meint der Bürgermeister, dass das Budget zwar nach Themenbereichen gegliedert, die Budgethoheit aber ausschließlich dem Gemeinderat vorbehalten sei. Den einzelnen Ausschüssen falle die Aufgabe zu, im Rahmen der Abarbeitung der einzelnen Vorhaben Empfehlungen auszusprechen; ob und wie diese Vorhaben jedoch realisiert werden, darüber entscheide allein der Gemeinderat. Er bemühe sich über das ganze Jahr, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel das Budget für das folgende Jahr zu gestalten. Hier würde er sich mehr Kommunikation wünschen, um die Dinge auch tatsächlich „auf den Tisch zu bringen“. In der Phase der letzten Abstimmungsarbeiten sei es immer schwer, noch einmal große Umbrüche vorzunehmen. Er befürworte einen Grundsatzbeschluss, aus der Investitionsrücklage € 40.000,00 für die Bereiche Energieoptimierung und Abfallwirtschaft zu nehmen. Thematisch falle es dem Ausschuss für Umwelt und Sicherheit zu, hier Empfehlungen zur Verwendung dieser Mittel abzugeben.

Der Bürgermeister lasse es auch nicht zu, dass sein runder Geburtstag zu einem Politikum werde. Es habe bei den zwei letzten Bürgermeistern zu deren runden Geburtstagen durchaus offizielle Anlässe gegeben. Keinesfalls werde er aber darüber eine politische Diskussion entfachen und einen Anspruch daraus ableiten.

Zu den behaupteten Mängeln in den Gemeindehäusern stellt er fest, dass zur Behebung dieser Mängel € 50.000,00 im Budget eingearbeitet wurden. Sollten die

Prüfungen nach der ÖNORM B 1300 ergeben, dass bestimmte Mängel behoben werden müssen, könne man dieses Geld dazu verwenden.

Zum Thema Dachsanierung des Veranstaltungszentrums meint der Bürgermeister, dass für das nächste Jahr Mittel zur Planung und Begutachtung der Mängel bereitgestellt werden. Folgeschäden seien momentan nicht zu erwarten, weshalb die Zeit zur Begutachtung des Mangels durchaus vorhanden sei.

Zur Äußerung von GRⁱⁿ Reiter meint der Bürgermeister, dass selbstverständlich vor Auftragsvergabe über die Sinnhaftigkeit des zu vergebenden Auftrages nachgedacht werden müsse. Sollte sich ergeben, dass etwa das Schild beim Veranstaltungszentrum nicht erneuert werden müsse, so werde dies auch nicht geschehen. Ob die Fassade ohne Behebung des Wasserschadens gestrichen worden sei, werde er prüfen.

Beschluss (18:1):

Der Gemeinderat beschließt,

- a) den vorliegenden Entwurf des Haushaltsvoranschlages 2018, welcher im ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben von € 21.608.700,00 und im außerordentlichen Haushalt € 446.000,00 vorsieht sowie**
- b) die mittelfristige Finanzplanung 2019 bis 2022.**

Beschluss (19:0):

Der Gemeinderat beschließt, für das Haushaltsjahr 2018 aus der Investitionsrücklage für Planungen im Bereich der Abfallwirtschaft und der Energieoptimierung € 40.000,00 zu entnehmen.

2. Pfarre Jenbach – Subvention für Kirchenrenovierung

Der Bürgermeister berichtet darüber, dass Pfarrer Wolfgang Meixner dem Gemeindevorstand eine Kostenschätzung in der Höhe von ca. € 680.000,00 für die Renovierung der Pfarrkirche vorgelegt habe. Man habe sich im Gemeindevorstand auf die Empfehlung geeinigt, eine Subvention in der Höhe von einem Drittel der Baukosten, maximal jedoch € 225.000,00, zu gewähren. Der Bürgermeister berichtet weiter, dass bereits ein Teil des Kirchturmdaches saniert wurde und im nächsten Jahr das restliche Dach und die Fassade zu renovieren sei. Seiner Ansicht nach sollte die Gemeinde ein großes Interesse an einem gut sanierten Kirchengebäude haben.

GR Mag. Macht ergänzt, dass Pfarrer Wolfgang Meixner in der Gemeindevorstandssitzung sehr schlüssig und nachvollziehbar die Notwendigkeit der Sanierung erklärt habe. Im Rahmen der bisher durchgeführten Sanierungsarbeiten habe sich dann auch herauskristallisiert, dass mit den ursprünglich veranschlagten Baukosten nicht das Auslangen gefunden werden könne. Jedenfalls, so GR Mag. Macht weiter, sei eine qualitätsvolle und nachhaltige Sanierung besser, als jetzt Geld zu sparen und in absehbarer Zeit wieder sanieren zu müssen.

Beschluss (19:0):

Der Gemeinderat beschließt, der Pfarre Jenbach für die Sanierung der Pfarrkirche eine Subvention in der Höhe eines Drittels der Sanierungskosten, höchstens jedoch € 225.000,00, zu gewähren.

3. Verordnung nach dem Vergnügungssteuergesetz neu

Der Bürgermeister teilt mit, dass aufgrund des neuen Tiroler Vergnügungssteuergesetzes die Gemeinde eine neue Verordnung zu erlassen habe. In Folge verliert er den vorliegenden Verordnungsentwurf.

Auf Anfrage von GR Mag.phil. BEd Wernard informiert der Amtsleiter darüber, dass neben dem Unternehmer auch der Eigentümer der dazu benützten Räume oder Grundstücke oder der sonst hierüber Verfügungsberechtigte die Aufstellung eines Spiel- bzw. Glücksspielautomaten oder eines Wettterminals bei der Gemeinde anzumelden habe. Grundsätzlich sei der Unternehmer Steuerschuldner. Wer aber zur Anmeldung verpflichtet ist, ohne selbst Unternehmer zu sein, haftet neben dem Unternehmer als Gesamtschuldner. Daraus abgeleitet ergebe sich, dass der Eigentümer der dazu benützten Räume oder Grundstücke oder der sonst hierüber Verfügungsberechtigte als Gesamtschuldner neben dem Unternehmer hafte.

Beschluss (19:0):

Der Gemeinderat beschließt nachstehende Verordnung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer: lt. Beilage 1

4. Diverse Ausgaben(überschreitungen) und Auftragsvergaben

Beschluss (19:0):

Der Gemeinderat beschließt nachstehende Ausgabenüberschreitungen im ordentlichen Haushalt per 28.11.2017 in der Gesamthöhe von € 66.162,04: lt. Beilage 2

II. Berichte über die Kassaprüfung vom 04.12.2017

GRⁱⁿ Reiter als Obfrau des Überprüfungsausschusses berichtet über die am 04.12.2017 vorgenommene Kassaprüfung. Der Überprüfungsausschuss ersucht um Stellungnahme zu zwei Fällen in der Belegprüfung. Einmal um eine inhaltliche Stellungnahme zur Bestellung von Amazon Prime TV für das Jugendzentrum und einmal um eine Stellungnahme zur Übernahme der Kosten für einen Bebauungsplan.

Zur Übernahme der Kosten für den Bebauungsplan antwortet der Bürgermeister, dass zur Entscheidung über die Erlassung des Bebauungsplanes eine Grundlage erarbeitet werden musste. Der Bebauungsplan wurde vom Gemeinderat nicht erlassen und deshalb seien diese Kosten zu übernehmen gewesen.

Auf die Frage von GR Norbert Rainer, weshalb der Bebauungsplan dem Gemeinderat vorgelegt wurde, obwohl der Bauausschuss diesen Entwurf zweimal abgelehnt hätte,

antwortet der Bürgermeister, dass der Gemeinderat als Raumordnungsbehörde sich mit diesem Verordnungsentwurf befassen habe müssen.

Laut Bürgermeister können im Jugendzentrum mittels Amazon Prime Stick gegen ein geringes jährliches Entgelt Lieder heruntergeladen und so genannte Playlists für die Jugendlichen erstellt werden. Es dürften nur Lieder heruntergeladen werden, die keine weiteren Gebühren verursachen und dürfe die Bedienung nur von den Bediensteten des Jugendzentrums vorgenommen werden. Das Jahresabo betrage € 70,00.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Überprüfungsausschusses zur Kenntnis.

III. Ehrungen

Dieser Tagesordnungspunkt wird im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

IV. Berichte des Bürgermeisters

Der Bürgermeister verweist auf die im Anschluss an diese Sitzung stattfindende Weihnachtsfeier gemeinsam mit den Bediensteten der Gemeinde.

Der Bürgermeister berichtet über die Instandsetzungsmaßnahmen im Wohngebäude Schießstandstraße 12 (Anbringung von Rollläden, Ausmalen des Stiegenhauses) und es freue ihn, dass diese Maßnahmen bei den Mietern große Zustimmung gefunden hätten.

V. Anträge / Anfragen / Allfälliges

GR Mag. Macht weist auf die in der Niederschrift des Ausschusses für Kultur und Ortsmarketing angeführte Jungbürgerfeier hin. Inhaltlich meint er, dass die Jungbürgerfeier zu den Agenden des Ausschusses für Familie – Jugend – Bildung gehöre. Er appelliert, mit der Planung dieser Feier früh genug zu beginnen, am besten schon im Jänner. Aus seinen Erfahrungen in anderen Gemeinden weiß er, dass man im Hinblick auf die Einbindung der Jugendlichen früh mit dem Projekt starten müsse. Er rechnet mit einem Vorlauf von mindestens einem halben Jahr.

VzBgm. DI Stöhr bezieht sich auf die Wortmeldung von GRⁱⁿ Mag^a Wildauer zum Budget 2018. Die ausgewiesenen € 5.000,00 für einen Verkehrsplaner seien als Planungsbudget zu verstehen, der die besonderen Umstände im Ort zu erheben habe, um darauf aufbauend ein Konzept erstellen zu können.

VzBgm. DI Stöhr merkt an, dass intensive Gespräche mit den Anrainern der Schießstandstraße geführt wurden. Diese seien massiv durch Verkehr und Lärm beeinträchtigt. Im letzten Bauausschuss ist zusammen mit dem Verkehrsplaner über Maßnahmen diskutiert worden, um die Situation dort zu entschärfen. Die Schießstandstraße werde nächstes Jahr asphaltiert und im Zuge dessen könne man durch relativ geringe Eingriffe eine Verkehrsberuhigung herbeiführen. Besonders freue es ihn, dass aufgrund der Platzverhältnisse ein Radstreifen eingerichtet werden könne, auf dem dann die Radfahrer Richtung Westen zum Radweg gelangen.

Zur Gestaltung der unteren Achenseestraße meint der Vizebürgermeister, dass derzeit ein Architektenwettbewerb laufe. Als Basis für diesen Wettbewerb habe eine Bürgerbeteiligung zu Beginn des Prozesses gedient. Alle JenbacherInnen waren damals eingeladen, ihre Wünsche und Anregungen einzubringen. Diese Bürgerbeteiligung wurde dann in Folge fachmännisch analysiert, ausgewertet und das Ergebnis, in Interessen und Wünsche

gebündelt, präsentiert. Es habe sich gezeigt, dass bei der Jenbacher Bevölkerung die Gestaltung des Ortskerns die oberste Priorität besitze. In Folge wurde ein Begegnungszonencheck in der unteren Achenseestraße durchgeführt. Das alles habe nun in den Architektenwettbewerb gemündet, der aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses vom Architekten Schwemberger begleitet werde. Aus dem Kreis der eingereichten Projekte werde von einer Jury nach einer Vorbewertung das Siegerprojekt bestimmt. Die Jury setze sich aus Vertretern der Gemeinde auch unter Beteiligung von Geschäftstreibenden bzw. Unternehmensvertretern der unteren Achenseestraße und der Architektenkammer zusammen. Mit den im Budget 2018 ausgewiesenen € 200.000,00 könnte im Herbst 2018 in die Umsetzungsphase gestartet werden.

GRⁱⁿ Heiss kritisiert den abwesenden Vizebürgermeister Michael Trenkwalder. Sie stellt fest, dass der Vizebürgermeister von den sieben Gemeinderatssitzungen der laufenden Gemeinderatsperiode lediglich bei zwei Sitzungen anwesend war. Sie vermisse auch seine Anwesenheit bei diversen Veranstaltungen, wisse aber, dass er bereits zweimal zurücktreten wollte und nur mehr vom Bürgermeister zum Verbleib überredet werden konnte.

GR Wittner ergänzt die Ausführungen seiner Vorrednerin und meint, dass sich alle gewählten Gemeinderatsmandatare die Zeit nehmen müssten, ihren Aufgaben nachzukommen. Ihm sei bewusst, dass jeder sein freies Mandat ausüben könne, sollte man jedoch seinen Pflichten nicht nachkommen können, so müsste mit der betreffenden Person das Gespräch gesucht werden.

Der Bürgermeister erwidert, dass er eine gute Zusammenarbeit mit dem Vizebürgermeister pflege und er ihn als sozialen und ausgleichenden Menschen sehr schätze. Eine rechtswirksame Rücktrittserklärung hätte es von Seiten des Vizebürgermeisters nie gegeben, deshalb habe er als Bürgermeister noch einmal das Gespräch mit ihm gesucht und ihn davon überzeugen können, sein Mandat bzw. sein Amt weiter auszuüben. Nachdem VzBgm. Trenkwalder seinen Dienstgeber gewechselt habe, gestehe er als Bürgermeister ihm auch die Zeit zu, sich darauf einzustellen. Er sei überzeugt davon, dass im neuen Jahr mit Vizebürgermeister Trenkwalder wieder voll und ganz zu rechnen sein werde.

Ersatzgemeinderat Lachner informiert den Bürgermeister, dass am Parkplatz auf dem ehemaligen Kapellerareal zwei Autos ohne Nummernzeichen zum Verkauf angeboten werden. Der Bürgermeister erwidert, dass dieser Tatbestand bereits bei der Polizei angezeigt wurde.

Auf Anfrage von GRⁱⁿ Reiter informiert der Bürgermeister über den heurigen Ablauf des stattgefundenen Nikoloumzuges. Es hätten weniger Kinder wie erwartet daran teilgenommen. Die Veranstaltung selbst sei geordnet abgelaufen.

GRⁱⁿ Mag^a Wildauer bestätigt, dass VzBgm. DI Stöhr ihre Anfrage die untere Achenseestraße betreffend bereits beantwortet habe. Sie betont noch einmal die Wichtigkeit, die Bewohner bzw. Betroffenen der Umgebung in den Planungsprozess gut einzubinden.

In ihrer zweiten Anfrage bezieht sich GRⁱⁿ Mag^a Wildauer auf die Gestaltung der VZ Homepage. Der Ablauf dieses Prozesses, der in den Niederschriften des Gemeindevorstandes dokumentiert sei, erschließe sich ihr nicht ganz. Sie habe vom Auftragnehmer gehört, dass der Gemeindevorstand GR Auer damit beauftragt habe, die Inhalte der Homepage zu erarbeiten. Es sei ihr unverständlich, weshalb Markus Auer als sogenannter Sonderbeauftragter hier tätig werden sollte. Der Auftragnehmer brauche einen klaren Ansprechpartner und dieser sollte ihres Erachtens nach der Ausschuss für Kultur und Ortsmarketing sein. Ihre konkrete Anfrage laute nun, ob der Ausschuss für Kultur und

Ortsmarketing die VZ-Homepage auf ihre nächste Tagesordnung nehmen und mit diesem Projekt starten könne.

Der Bürgermeister antwortet, dass der politische Prozess mit der Empfehlung des Ausschusses für Kultur und Ortsmarketing, die Homepage in Auftrag zu geben, begonnen wurde, der Gemeindevorstand den Auftrag beschlossen hätte und nun die Verwaltung diesen Auftrag abzuarbeiten habe. Er habe die Verwaltung angewiesen, als technischen Berater zu einem Honorar von € 500,00 GR Markus Auer beizuziehen. Es gehe jetzt darum, die sachlichen Inhalte festzulegen. Die Arbeit des Ausschusses sei abgeschlossen, die operative Abarbeitung liege in der Hand der Verwaltung. Für die Inhalte zeichnet der Auftragnehmer die Verantwortung und der Verwaltung obliegt es, die vom Auftragnehmer genannten Inhalte zur Verfügung zu stellen. Wenn notwendig, werde selbstverständlich ein Informationsaustausch in der Abarbeitung dieses Auftrages zwischen Ausschuss und Verwaltung erfolgen.

GRⁱⁿ Mag^a Wildauer wünscht sich, dass die Gestaltung der Homepage im Rahmen der Vermarktung des Veranstaltungszentrums geschehe, damit alle Beteiligten aktuelle und qualitätsvolle Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommen. Ziel solle es sein, mittels guter Unterlagen das Veranstaltungszentrum repräsentieren zu können.

GRⁱⁿ Mag^a Wildauer möchte vom Obmann des Bauausschusses VzBgm. DI Stöhr wissen, weshalb das Projekt „Ausbau Wechselbergerhaus“ in der unteren Achenseestraße vom Bauausschuss abschlägig behandelt wurde.

VzBgm. DI Stöhr antwortet, dass die beabsichtigte Aufstockung des Gebäudes um ein ganzes Stockwerk raumordnerisch nicht vertretbar sei. Seines Wissens habe sich nun der Bauwerber entschieden, das Dachgeschoß auszubauen. Grundsätzlich müssen Bauwünsche in Abstimmung mit raumordnungstechnischen Gesichtspunkten beurteilt werden. Stehen den Bebauungswünschen raumplanerische Bedenken oder andere gewichtige Argumente entgegen, könne ein solches Bauvorhaben nicht positiv bewertet werden.

GRⁱⁿ Mag^a Wildauer gibt zu bedenken, dass man den an und für sich wünschenswerten Zuzug in den Ortskern verhindern würde, wenn derartige Bauvorhaben abschlägig behandelt werden.

GR Norbert Rainer wirft in diesem Zusammenhang noch einmal die Frage auf, weshalb gewisse Bebauungsplanentwürfe dem Gemeinderat vorgelegt werden und andere wiederum nicht. Er stellt sich auch die Frage, ob die Aufschüttungen auf dem Bauplatz Troger in der Schalserstraße den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Der Bürgermeister beharrt auf seiner Meinung, dass er ein eingereichtes Bauvorhaben nicht ablehnen könne, wenn er den, diesem Bauvorhaben zugrundeliegenden Bebauungsplanentwurf dem zuständigen Organ, dem Gemeinderat, zur Entscheidung vorenthält.

GRⁱⁿ Mag^a Wildauer möchte wissen, weshalb das Hinweisschild der Fa. Smellgood – Zirbenschmuck in der Schießstandstraße abgelehnt wurde. Andere Firmenschilder werden bzw. wurden zwischenzeitlich ja auch neu angebracht, behauptet sie.

GR Norbert Rainer verweist auf das vorliegende Beschilderungskonzept, sodass im Sinne der Gleichbehandlung Beschilderungen, die diesem Konzept widersprechen, nicht genehmigt werden können.

GRⁱⁿ Mag^a Wildauer kritisiert, dass die Protokolle der Ausschusssitzungen entweder nicht vorliegen oder derart kurzfristig vor den Sitzungen übermittelt werden, dass eine

Vorbereitung auf die Gemeinderatssitzung nicht möglich sei. So sei zB für die heutige Sitzung die Niederschrift der in der letzten Woche stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung noch nicht übermittelt worden. Das Ausschussmanagement sollte so erfolgen, dass die Verwaltung auch Zeit habe, die Protokolle zu erstellen.

Der Bürgermeister verspricht hier technische Verbesserungen, die das Sitzungsmanagement für die Beteiligten in der Handhabung wesentlich erleichtert.

Auf Anfrage von GR Kilicer informiert der Bürgermeister, dass in Bezug auf die E-Tankstellen Gespräche mit den Stromversorgern TIWAG bzw. E-Werk-Prantl zu führen sein werden. Angedachte Standorte wären in der Schießstandstraße und am Südtiroler Platz.

GRⁱⁿ Mag^a Wildauer stellt zusammen mit den Gemeinderäten Wittner und Unterleitner den Antrag auf Abschluss einer Vereinbarung mit den dafür zuständigen Stellen in der Achenseeregion zur Erreichung einer Saisonkarte „Parken und Langlaufen für Jenbacher BürgerInnen im Raum Achensee“. Der Antrag wird damit begründet, dass für die BürgerInnen der Marktgemeinde Jenbach das Achenseegebiet das ganz Jahr über einen wichtigen und leicht erreichbaren Erholungsraum darstelle. Da sich Jenbach bei der Fusion der Tourismusverbände im Jahr 2000 entschlossen hätte, dem TVB Silberregion-Karwendel beizutreten, habe die Jenbacher Bevölkerung kein Recht auf eine Saisonkarte für Parken und Langlaufen. Die unterzeichneten Gemeinderäte stellen somit den Antrag, dass vom Bürgermeister bzw. von ihm ermächtigte Personen umgehend mit der Gemeinde Eben Verhandlungen geführt werden sollen, unter welchen Bedingungen Jenbacher BürgerInnen eine Parkkarte erhalten können. Eine entsprechende Regelung sei auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Gemeinderat soll den Bürgermeister beauftragen, die Verhandlungen dazu ehestmöglich aufzunehmen und in der nächsten Gemeinderatssitzung über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten, sodass ein Start der „Ausgabe Parkkarte“ baldmöglichst fixiert werden könne.

Der Bürgermeister berichtet dazu von einem Projekt des Planungsverbandes Schwaz, Jenbach und Umgebung, der die Gründung eines Regionalmanagements vorsehe. Im Rahmen dieses Regionalmanagements sollen die zwei Tourismusverbände miteinander vernetzt werden. Vereinbarungen könnten jedoch nur im Rahmen dieses Regionalmanagements für alle Beteiligten getroffen werden, ohne dass es dazu eine Sonderregelung für einzelne Gemeinden geben könne.

GRⁱⁿ Meixner-Hammer ergänzt, dass es klare Kriterien der Gemeinde Eben für die Vergabe von Saisonkarten gebe. Wohnsitz, Eigentum am Achensee oder eine Arbeitsstelle am Achensee seien die Voraussetzungen für den Erhalt dieser Karten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der Bürgermeister den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.00 Uhr.

Der Bürgermeister:

Der Schriftführer:

Die Gemeinderäte: